

„Reform“-Profit

Abrechnung mit der Agenda 2010 – die Angriffe auf den Sozialstaat und wer von den Reformen profitiert

Wo wir stehen

Nach mittlerweile drei Jahrzehnten anhaltender „Reform des Sozialstaats“ stehen wir vor einem neuerlichen Schub der ewig gleichen neoliberalen Rezepte in höherer Dosierung von einer Regierungskoalition, die bei vielen bis dato mit einem Politikwechsel verbunden war. Ob diese Hoffnung jemals zu Recht formuliert wurde, sei dahingestellt.

Unabhängig davon hat des seit Mitte der 1970er Jahre dominierende neoliberale Einheitsdenken und deren Konzeptionen keine Überwindung der sozialen und ökonomischen Krisen gebracht, im Gegenteil. In den Industrienationen hat sich die Massenarbeitslosigkeit verfestigt, die Verteilungskämpfe nehmen zu und der soziale und wirtschaftliche Aufschwung rückt mit jeder „Reform“ in immer weitere Ferne. International zeigt sich trotz „Globalisierung“ und der dahinter vermuteten weltwirtschaftlichen Integration ein ähnliches Bild: 2/3 der Länder spielen im Prozess des ökonomischen Austauschs keine oder eine geringe Rolle, die Verteilungskonflikte schlagen in offene Kriege und den Zerfall der ohnehin schwach ausgeprägten zivilen und staatlichen Strukturen um. Die nachholende Entwicklung steht nur noch auf dem Papier, bestimmend ist die Stagnation oder die globale Marginalisierung.

Trotz des Versagens der modernen Politikkonzepte - gemessen an den selbst formulierten Zielen der Wachstumssteigerung und der Aussicht nach mehr Freiheit und Wohlfahrt für alle - gibt es bis heute keine Abkehr vom Neoliberalismus. Ebenso wenig gibt es eine breite gesellschaftliche Diskussion über den Sinn unseres Wirtschaftssystems und unsere soziale Zukunft. In dieser Hinsicht sind sowohl tatsächlich reformorientierte als auch radikal/revolutionäre Kräfte für die gesellschaftliche Entwicklung bzw. die Formulierung von Alternativen irrelevant. Ein Zustand, der nicht allein für Deutschland gilt sondern international zu beobachten ist und der nur mittel- und langfristig zu überwinden ist. Aus dem neoliberalen Versagen in der Realität werden auf offizieller politischen Ebene von allen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Institutionen keine grundlegenden Konsequenzen gezogen. Letztlich werden die alten Konzepte permanent in neuer Verpackung präsentiert und der Umbau der Gesellschaft forciert.

Allerdings wäre es zu kurz, in den aktuellen sozial- und wirtschaftspolitischen Debatten lediglich die Fortschreibung eines bestehenden Trends zu erblicken. Vieles spricht hingegen dafür, dass nunmehr eine neoliberale Ära ansteht, in denen ein verstärktes autoritäres Vorgehen die bisher eher dominierende „sozial partnerschaftlich“ Variante des Abbaus des Sozialstaats ersetzt. Die Reform von oben muss nicht zuletzt das Versagen der favorisierten und ewig neu präsentierten Konzeptionen kaschieren. Letztlich drückt sich dies in einem öffentlichen Klima aus, in dem Bedenken, Skepsis und Kritik weniger als bisher geduldet werden. Die Basta-Rede des Kanzlers bei der Durchsetzung der (Teil-)Privatisierung der Alterssicherung ist hier nur ein Beispiel.

Insofern spiegelt die „Agenda 2010“ und andere Konzepte einerseits den dominanten wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurs der letzten Jahrzehnte. Andererseits wird hierüber

der allseitig angemahnte „Ruck durch die Gesellschaft“ forciert, mit denen die latent vorhandenen autoritären Tendenzen in unseren Gesellschaften auf eine neue Ebene gehoben werden. Nunmehr geht es um den Abbau sozialer, demokratischer und ökonomischer Rechte, die nicht allein ohnehin ausgegrenzte Gruppen (Langzeitarbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Ausländer etc.) betreffen, sondern bis weit in die Mittelschicht reichen. Hierbei prägen drei zentrale Vorstellungen den neoliberalen Kontext der öffentlichen Diskussion:

Erstens gilt der Sozialstaat und die über ihn organisierte Sicherung für soziale Risiken (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter) einzig als Kostenfaktor. In dem Moment, wo die Entlastung des Produktionsfaktors Kapital (Unternehmen, Gewinne und Vermögen) im Vordergrund steht, müssen, um die „Wettbewerbsfähigkeit“ zu steigern und Wachstum zu generieren, die im Zuge des ungelösten Abbaus der Massenarbeitslosigkeit sowie der sozialen Disparitäten steigenden Ausgaben zurückgeführt werden.

Zweitens sind die bis dato kollektiv organisierten Systeme der sozialen Sicherung zu privatisieren. Denn erst so sind die in diesem Bereich „umverteilten“ finanziellen Ressourcen der privaten Verwertung zugänglich zu machen. Sprich Versicherungen und Finanzdienstleister können erst dann einen großen Stück vom Kuchen des Sozialbudgets bekommen bzw. steigende Anteile der privaten Einkommen für sich nutzen, wenn die bestehenden Sicherungssysteme auf das Niveau einer unzureichenden Grundversorgung abgesenkt werden.

Drittens wird es über diese beiden Schritte verstärkt möglich, Wohlverhalten zu erzwingen. Denn in dem Moment, wo die soziale und ökonomische Situation sich durch die vorgeschlagenen Reformen nicht verbessert, Verteilungskonflikte und Prekarisierung wachsen, wird es für die abhängig Beschäftigten immer wichtiger auf die reduzierten Sicherungssysteme zurückgreifen zu können. Entsprechend wird im Unternehmen als auch in der Gesellschaft das Wohlverhalten mehr als bisher zur alleinigen Handlungsnorm, um soziale Risiken zu umgehen (kein Verlust des Arbeitsplatzes etc.) als auch die geringeren Leistungen bei Bedarf überhaupt in Anspruch nehmen zu können.

Im Ergebnis wird der Charakter des Sozialstaats neu definiert. Einerseits gilt der Verweis auf soziale Rechte nicht länger. Vielmehr sind Vorstellungen modern, die bereits im 19. Jahrhundert das Leben der Bevölkerungsmehrheit prägten: Paternalismus, Sozialdarwinismus und Angst. Andererseits ist hierüber die gesellschaftliche Steuerung im Zeitalter der Demokratie, der Massenproduktion sowie der permanent steigenden Produktivität und Reichtumsmehrung allein nicht überzeugend. Bei aller medialer Dauerberieselung mit einseitiger Propaganda fehlt letztlich eine allgemeine Einsicht in den Verzicht auf die ohnehin geringen sozialen, demokratischen und ökonomischen Rechte. Entsprechend wird ein moderner Autoritarismus zwingend notwendig, um die „modernen“ politischen Konzepte als auch die daraus folgende hierarchischen und feudalen Strukturen durch- und umzusetzen.

Demographischer Wandel: Segen oder Fluch?

Als in der Öffentlichkeit breit präsentierte einleuchtende Begründung für diesen umfassenden Verzicht dient der Verweis auf die bevorstehende demographische Krise. Über den Wandel des Altersaufbaus der Bevölkerungsstruktur wird ein quasi natürlicher Zwang konstruiert, mit dem der massive Rückbau des Sozialstaats als alternativlos erscheint. Die Auseinandersetzung um den demographischen Wandel ist in der aktuellen Diskussion gerade deshalb zentral, da

hieraus – neben der Globalisierung – die Begründung für radikale Strukturreformen abgeleitet werden. Was ist aber tatsächlich dran an der Standardfloskel des demographischen Wandels?

In Deutschland wächst - wie überall - der Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung. Hierfür gibt es zwei Gründe: Die höhere Lebenserwartung und die niedrige Geburtenrate. Im Ergebnis nahm deshalb zwischen 1950 und 2000 der Anteil der über 65-Jährigen an der deutschen Bevölkerung von 9,7 Prozent auf 16,6 Prozent zu. In den nächsten 40 Jahren wird er weiter bis auf voraussichtlich knapp 29 Prozent steigen, um dann ab dem Jahr 2040 wieder zu sinken.

In der Regel wird hieraus eine „Vergreisung“ der Gesellschaft und eine deutlich zunehmende Belastung der zukünftigen Generationen abgeleitet. Immer höhere Beiträge zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung drohten die Generationengerechtigkeit auszuhebeln. Der Rückbau des Sozialstaats sei deshalb schon aus Gründen des Bevölkerungswandels – der Demographie – alternativlos. Allerdings überzeugt die Argumentation, der Sozialstaat sei aufgrund des demographischen Wandels unfinanzierbar, nicht:

1. Demographische Veränderungen sind Teil unserer Entwicklungsgeschichte. Der Wandel hat bereits vor über 100 Jahren eingesetzt. Von 4-5 Kinder pro Paar vor der Jahrhundertwende sank die Geburtenrate auf 2-3 Kinder in der Mitte des 20. Jahrhunderts und 1-2 Kinder heute (**Grafik: Geburtenentwicklung in Deutschland**). Wir befinden uns in einer Transformationsphase, die aus den geburtenstarken Jahrgängen der 1950/1960er Jahre speist. Unabhängig davon wäre ohne den demographischen Wandel die Bevölkerung im Durchschnitt zwar deutlich jünger und der Anteil älterer Menschen niedriger. Gleichzeitig würden aber doppelt so viele Menschen in Deutschland leben. Die entsprechenden Probleme kann man sich leicht vorstellen.
2. Der Streit um die sozio-ökonomischen Wirkungen des demographischen Wandels ist so alt wie der Wandel selbst. Ein Ausgangspunkt der wissenschaftlichen Diskussion ist die 1798 von Thomas Robert Malthus vorgelegte Schrift „An Essay on the Principle of Population“. Trotz seit diesem Zeitpunkt anhaltender Kontroverse finden sich in der politischen Debatte vor allem vereinfachte und falsche Beschreibungen. Vernachlässigt wird meist die einfache Frage, warum der demographische Wandel nicht schon längst zum „Zusammenbruch“ der Ökonomie und des sozialen Lebens geführt hat. Antwort: Weil die Lasten bisher immer aus dem Produktivitätsfortschritt und dem wachsenden gesellschaftlichen Reichtum finanziert werden konnten (**Grafik: Steigendes Pro-Kopf-Einkommen auch bei alternder Bevölkerung. Entwicklung von Produktivität und Altenquotient**). Entsprechend ist der demographische Wandel zu allererst Ausdruck und Bestandteil des sozialen Fortschritts und der Zivilisation. Panikmache und Krisenstimmung sind völlig fehl am Platz!
3. Produktivität und Reichtum werden trotz Konjunkturerinbrüchen und demographischen Wandel weiter wachsen. Problematisch ist eben nicht die Veränderung von Pro-Kopf Verhältnissen (Jung zu Alt), sondern, dass die ökonomischen Potentiale immer weniger für die soziale Entwicklung genutzt werden. Entscheidend ist dabei, dass immer mehr „junge“ *Erwerbsfähigen nicht erwerbstätig* sind (**Grafik: Das grundsätzliche Problem: Erwerbspersonenpotential wird nie ausgeschöpft!**). Was sich eine Gesellschaft überhaupt an sozialer Sicherheit und ökonomischer Teilhabe leisten kann und wie eine gerechte Lastenverteilung zwischen Jung und Alt gelingt, wird auch in Zukunft über die Produktivität, die Organisation der Produktion und die Verteilung des Reichtums sowie den Abbau der Massenarbeitslosigkeit bestimmt.

Einige Fakten zu sozial- und wirtschaftspolitische Mythen

Richtig ist, dass der Sozialstaat ein massives Verteilungs- und Finanzierungsproblem hat. Allerdings resultiert dies nicht aus demographischen Veränderungen oder der Globalisierung, sondern aus einer grundfalschen Politik. Fakt ist, die Einnahmeseite des Sozialstaats bricht zusammen (Finanzierung durch Lohn- und Konsumsteuern bei Massenarbeitslosigkeit!).

Das hohe Sozialbudget ist u.a. der Ausdruck von Fortschritt und Emanzipation. Eine Explosion oder unproduktive Verwendung der Sozialausgaben gab es nicht (**Grafik: Sozialbudget**). Vielmehr stellt das Sozialbudget (1/3 des BIP) eine zentrale Größe der binnenwirtschaftlichen kaufkräftigen Nachfrage dar. Nun zeigt sich, dass in den letzten Jahrzehnten die Löhne in Deutschland kontinuierlich gesunken sind. Einkommensverluste und hierüber ein massiver Rückgang der Kaufkraft auf dem Binnenmarkt sind Realität. In den letzten 20 Jahren sind die Löhne real um ca. 4,5% gestiegen, die Einkommen aus Vermögen und Unternehmensprofiten um 90%. Selbst in der jüngsten Zeit nimmt Deutschland eine Sonderrolle im Kreis der Industrienationen ein: In keinem anderen Industrieland sind die Reallöhne von 1996-2002 nur um 0,09% gewachsen (**Grafik: Lohnverzicht bringt keine Arbeit**)

Entsprechend sieht die Entwicklung der realen Lohnstückkosten (in denen die Lohnnebenkosten enthalten sind) aus, die in keinem anderen Vergleichsland so gering gestiegen sind wie in Deutschland. Ähnliches gilt für die realen Vermögens-, Kapital- und Unternehmenssteuern. Beide sind im internationalen Vergleich so niedrig wie nie. (**Grafik: Steuer- und Abgabenquote. Effektive Steuersätze im Vergleich**)

Fakt ist nach wie vor, dass die Produktivitätsentwicklung und der Reichtum im Grunde ausreichend vorhanden sind, um heutige und anstehende soziale Probleme zu lösen. Es stellt sich jedoch zu jeder Zeit die Frage, wie die Finanzierung des Sozialstaats politisch durch- und sozial gerecht umgesetzt wird.

Unsere Gesellschaften treten damit zu Beginn des 21. Jahrhunderts erneut in eine Phase ein, in der das Problem der sozialen Ausgrenzung und der „Armut trotz Arbeit“ bis weit in die gut situierte Mittelschicht verschoben wird. Die Agenda 2010 und die folgende Vorschläge verschlechtert eben nicht allein die Lebenssituation der ohnehin ausgegrenzten Menschen am unteren Einkommensspektrum. Vielmehr wird als Folge der „modernen“ sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen die soziale Exklusion und der ökonomische Abstieg für bis dato relativ wenig betroffene Gruppen zur Alltagsrealität. Diese Entwicklungen sind in allen Nationen zu beobachten. Deutschland bildet hier keine Ausnahme, lediglich das Tempo des gesellschaftlichen Umbaus variierte.

Wie geht es weiter?

Fakt ist, aus der Globalisierung ergibt sich kein Zwang für den Sozialabbau. Nach wie vor steigen das Sozialprodukt und die Produktivität. Real bestand und besteht trotz internationaler Arbeitsteilung ein großer Umverteilungsspielraum.¹

Fakt ist, dass die demographische Entwicklung (zu wenig Kinder, wir werden zu alt) nicht das Ende des Sozialstaats besiegelt.²

¹ Vgl. Deutscher Bundestag (2002): Schlussbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft. Leske+Budrich: Opladen

² Vgl. Christian Christen, Tobias Michel, Werner Rätz (2003): Sozialstaat – Wie die Sicherungssysteme funktionieren und wer von den Reformen profitiert. Attac-Basia Texte 6. VSA-Verlag: Hamburg

Fakt ist allerdings auch, dass es unzählige politische Initiativen zur „Modernisierung“ des Sozialstaats und/oder der Wirtschaftspolitik gibt, mit denen ein dringender Strukturwandel angemahnt wird. Die Agenda 2010 ist hier nur ein weiteres Element zum Abbau des Sozialstaats. Dabei sagen die gebräuchlichen Worte wie neu, modern, flexibel und mehr Eigenverantwortung nichts über richtig und falsch aus. Zumal die dahinter stehenden Vorstellungen überkommen und alt sind – sie entspringen theoretischen Positionen und praktischer Politik, die bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts versagt hatten.

Fakt ist schließlich, dass die dominanten Vorschläge zur Reform der Gesellschaft, keine Perspektive eröffnet. Sozialabbau und Deregulierung schaffen keine gesicherten Arbeitsplätze, Umverteilung von Einkommen und Chancen gibt es vor allem von unten nach oben. Druck und Angst erzeugen keine Perspektive. Trotzdem wird dieses „Spiel“ weiter gehen. Die modernen sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen kennen nämlich kein Ende und selbst das offensichtliche Versagen in den letzten Jahrzehnten führt nicht zur Überprüfung der Instrumente und Vorstellungen. Im Zweifelsfall greift die Schutzbehauptung, dass die Reformen bisher nicht wirklich und gründlich genug umgesetzt wurden.

Entsprechend werden die nächsten grundsätzlichen „Reformen“ im Wochentakt präsentiert und der Sozialstaat von innen ausgehöhlt. Was bleiben wird, ist eine Worthülse ohne materielle Substanz. Und wie in zahlreichen Ländern, in denen diese perspektivlose Politik betrieben wird, zeigen sich soziale Unsicherheit, reale Einkommensverluste und Polarisierung in einer immer reicher werdenden Gesellschaft. Unabhängig von der jeweiligen Regierungskonstellation stellt sich deshalb mittelfristig eine zentrale Frage: Wie kann das neoliberale Einheitsdenken tatsächlich überwunden und nicht nur durch den Regierungswechsel in die Zukunft fortgeschrieben werden?

In Folge dessen stehen in allen europäischen Nationen (Italien, Frankreich etc.) und darüber hinaus alle emanzipatorischen Kräfte vor der Aufgabe, sich neu zu definieren und zu finden, damit eine soziale Bewegung entsteht, die nicht allein an die Parteien und Entscheidungsträger appelliert, auf den richtigen Weg des sozialen Ausgleichs zurückzukommen. Denn die Resonanz dafür besteht nicht oder eben nur bei einem marginalen Teil im offiziellen Politikbetrieb. Gleichzeitig ist die Hoffnung, allein die richtigen Argumente könnten überzeugen, reines Wunschdenken. Verkannt wird häufig, dass nicht nur ein irrationaler Glaube die neoliberale Überzeugung trägt, sondern handfeste Interessen hinter den favorisierten Konzepten stehen. Und wie bei jeder „Reform“ gibt es Gewinner und Verlierer – auch wenn die vermeintlichen Gewinner sehr schnell wieder zu Verlierern werden können. Das heißt, politische Konflikte werden zunehmen, müssen ausgetragen und ausgehalten werden. Aber es geht um nicht weniger als die Verteidigung zivilisatorischer Errungenschaften und die Zukunft der sozialen Demokratie – seien deren historische Ergebnisse auch noch so gering.